

ZWISCHEN GAS UND GRENZEN: WAS NUN EUROPA?

#3 Factsheet



Core Facts:

- Das Seerechtsübereinkommen der UN von 1987 regelt die Grenzziehung zu See.
- Darin enthalten sind Ausschließliche Wirtschaftszonen (200 See-meilen), die zwar nicht zum Staatsgebiet des Küstenstaats gehören, deren Ausbeutung aber von ihm bestimmt wird.
- Aufgrund der vielen Inseln in der Ägäis ist der Grenzverlauf zwischen Griechenland und der Türkei unklar, was zu andauernden Konflikten führt.
- Seit der Entdeckung reicher Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer hat sich die Lage weiter verschärft. Auch Zypern ist am Konflikt beteiligt.
- Der Europäische Rat (Staats- und Regierungschefs der EU) verurteilt das Vorgehen der Parteien in der Region scharf, mehrere Mitglieder fordern Sanktionen.
- Beim Dezember-Gipfel soll Bilanz gezogen und eine Entscheidung getroffen werden.

Der Grenzverlauf zwischen Griechenland und der Türkei wird regelmäßig in Frage gestellt. Auch die Festlegung von Ausschließlichen Wirtschaftszonen nach dem 1987 in Kraft getretenen Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen wird nicht von allen Anrainerstaaten des Mittelmeers akzeptiert. Der Konflikt verschärfte sich, als die Türkei im Jahr 2019 mit der libyschen Regierung ein Abkommen abschloss, das die Grenzen ihrer jeweiligen Wirtschaftszonen neu festlegte. Griechenland schloss sich im Gegenzug mit Italien und Ägypten zusammen, um wiederum die Grenzen im Mittelmeer neu festzulegen.

Wegen der Entdeckung reicher Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer ist nun ein weiterer Konflikt entbrannt: Nicht nur Griechenland und die Türkei erheben Anspruch auf deren Ausbeutung, sondern auch Zypern. Problematisch ist vor allem die Zuteilung der verschiedenen Inseln der Ägäis und einiger Bereiche im östlichen Mittelmeer. Hier können die Ausschließlichen Wirtschaftszonen – und damit die Ausbeutungsrechte – nicht wie üblich festgelegt werden, da die beteiligten Länder an einigen Stellen nur wenige Kilometer entfernt voneinander liegen. Infolgedessen werfen sich alle Parteien gegenseitig Brüche der jeweiligen Souveränität vor und entsendeten Kriegsschiffe oder planten Militärmanöver.

Die EU unterstützt ihre Mitglieder Zypern und Griechenland im Streit mit der Türkei und kritisierte die Entsendung türkischer Bohr- und Kriegsschiffe in die umstrittenen Gebiete scharf. Auch wenn ein Krieg nicht gewollt ist, ist angesichts der Präsenz von Kriegsschiffen das Risiko für einen Zusammenstoß groß. Neben der EU-Führung bemüht sich insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel um Vermittlung zwischen Athen und Ankara. Doch die Situation ist verfahren. Mehrere Verhandlungen wurden schon abgebrochen, Forschungsschiffe wieder entsendet. Expert*innen sind sich einig, dass der Streit um das Erdgas nur ein Ausdruck des Konflikts um die Vormachtstellung im östlichen Mittelmeerraum ist und fordern, dass dieser gelöst werden muss, bevor letzterer gelöst werden kann.

Mit freundlicher Unterstützung

Berlin, 07.12.2020

Weitere Informationen finden Sie hier:

